



Die Geschäftsleitung der Schweizer Sozialdemokraten hat ein 64 Seiten langes Positionspapier zur Migrationspolitik erarbeitet. L. LEHMANN/KEYSTONE

SP erwägt weltweite Freizügigkeit

Papier Parteileitung lanciert Migrationsdebatte – Öffnung für Nicht-EU-Staaten steht zur Diskussion

VON LORENZ HONEGGER

Es ist nicht lange her, dass die Sozialdemokraten die Migrationspolitik scheuten wie kein anderes Thema. Dementsprechend tendiert ihre Glaubwürdigkeit in Asyl- und Ausländerfragen gegen null. Um die Wählerschaft nicht weiter durch Tatenlosigkeit zu vergraulen, präsentierte die SP-Leitung gestern in Bern den Entwurf eines Positionspapiers «für eine umfassende und kohärente Migrationspolitik», mit dem sie eine parteiinterne Debatte auslösen möchte.

Japan als Testland für Ausweitung

Das Papier umfasst neben Vorschlägen zur Eindämmung der Einwanderung über innenpolitische Massnahmen einen Vorschlag, der genau das Gegenteil bewirkt: die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Staaten ausserhalb Europas. Nach dem Willen der SP-Geschäftsleitung soll die Schweiz auf der Basis von bilateralen Abkommen den freien Personenverkehr längerfristig auch bei einzelnen Nicht-EU-Staaten einführen. Es sei diskriminierend, wenn man die Handelsbeziehungen zu Län-

dern wie den USA, aber auch zu Schwellenländern wie Brasilien oder Russland ständig vertiefe und dabei den Migrationsaspekt ausblende, heisst es im Positionspapier. SP-Präsident Christian Levrat sagt: «Es gibt keinen logischen Grund, warum man die Personenfreizügigkeit auf EU-Länder beschränken sollte.» Es liege im Interesse der Schweiz, spezialisierte Arbeitskräfte ausserhalb der EU zu rekrutieren. Als Testland würde sich laut Levrat Japan gut eignen.

Heute lässt die Schweiz Bürger aus Nicht-EU-Staaten nur selten einwandern. Für das Jahr 2012 genehmigte der Bundesrat 3500 Aufenthaltsbewilligungen und 5000 Kurzaufenthaltsbewilligungen für Arbeitnehmer aus Drittstaaten. Im Gegensatz dazu kamen 2011 wieder Zehntausende Arbeitskräfte aus der EU in die Schweiz. Das ungleiche Verhältnis bezeichnet die SP-Geschäftsleitung als «ziemlich widersprüchlich» und verweist auf die EU-Kommission, die sich ebenfalls für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf ausserkontinentale Drittstaaten einsetze.

In Wirtschaftskreisen dürfte der Vorschlag der SP auf Wohlwollen

stossen. So beklagte der Arbeitgeberverband der Schweizer Banken kürzlich, die Kontingente des Bundesrats für spezialisierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten seien zu tief.

Kritik an Wachstumspolitik

Vielen Sozialdemokraten fiel gestern ein Stein vom Herzen, als klar wurde, dass Parteipräsident Levrat ohne Wenn und Aber an der Perso-

«Es gibt keinen Grund, warum man die Personenfreizügigkeit auf die EU beschränken sollte.»

Christian Levrat, SP-Präsident

nenfreizügigkeit mit der EU festhalten will. «Die Befürchtung von Anfang Jahr, dass die Geschäftsleitung die Personenfreizügigkeit einschränken und die Ventilklausel anwenden will, hat sich zum Glück nicht bewahrheitet», sagt der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth.

Regulierungsbedarf ortet die SP-Leitung trotzdem, besonders in den

Regionen Zürich und Genf, die sie als Brennpunkte des Einwanderungswachstums bezeichnet. «Die Schweiz lockt mit den tiefsten Steuern aller strukturstarke Länder internationale Firmen an, obwohl sie gar nicht über genügend qualifiziertes Personal verfügt.» Mit neuen flankierenden Massnahmen in der Steuer- und Bildungspolitik, aber auch auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt will die Partei Gegensteuer geben. Sie fordert mehr gemeinnützigen Wohnungsbau, Mindestlöhne sowie die Einführung von Mindeststeuersätzen für Unternehmen. Nur strukturschwache Regionen sollen internationale Konzerne weiterhin mit Steuerbegünstigungen anlocken dürfen.

Ihre Positionen zur Asyl- und Integrationsthematik hat die SP-Geschäftsleitung weitgehend an die Pläne von Justizministerin Simonetta Sommaruga angeglichen. Dies nicht zur Freude aller Parteimitglieder. «Es kann nicht sein, dass die SP das Nothilferegime und Zwangsausschaffungen gutheisst», sagt Nationalrat Wermuth. Bis zur Verabschiedung des Papiers durch den Parteitag im September sei noch viel zu tun. **Kommentar rechts**

Kommentar

von Lorenz Honegger



Kein Rechtsrutsch

«Es geschehen noch Wunder», verkündete die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli gestern über Twitter, als sie vom Migrationspapier der SP hörte. «Die SP erkennt mindestens teilweise die Probleme im Migrationsbereich.» Hätte Rickli die 64 Seiten gelesen, wäre ihre Reaktion weniger euphorisch ausgefallen.

Die Vorschläge der SP-Geschäftsleitung stellen keinen Rechtsrutsch dar. Wenig Flexibilität zeigt sie insbesondere bei der Europafrage. Den Grund für die erhöhte Zuwanderung ortet sie nicht bei der Personenfreizügigkeit, sondern bei der auf Steueranreizen beruhenden Standortpolitik einzelner Kantone. Dieser Befund kommt nicht überraschend.

Die Sozialdemokraten räumen zwar ein, dass die Einwanderung in den Städten die Schmerzgrenze überschritten hat, belassen es aber bei ihrer alten Forderung nach mehr flankierenden Massnahmen. Aufgrund der Vielzahl von Vorschlägen entsteht mitunter der Eindruck, die SP sehe in der Einwanderungsdebatte ein Vehikel für all ihre anderen Anliegen. Bei ihrem Bekenntnis zur Asylpolitik von Justizministerin Simonetta Sommaruga handelt es sich um reinen Pragmatismus: So sichert sich die Partei den Rückhalt ihrer etwas konservativeren Wähler, ohne sich bei Fragen wie Zwangsausschaffungen die Finger besudeln zu müssen.

Zugute halten muss man der SP-Geschäftsleitung, dass sie in einem Thema eine Debatte wagt, das in sozialdemokratischen Kreisen lange als Tabu galt. Es wäre wünschenswert, wenn auch die anderen Parteien in Bundesbern künftig im selben Mass Mut zum Diskurs zeigen würden.

lorenz.honegger@azmedien.ch

USA: Knickt Bundesrat ein?

Der Druck der USA auf die Schweizer Banken ist nach wie vor sehr gross. Die Banken befürchten, es könnte nach dem Fall Wegelin zu Klagen gegen Schweizer Institute kommen. Um das zu verhindern, wollen sie möglichst rasch bisher decodierte Namen amerikanischer Kunden an die US-Behörden liefern. Zur Erinnerung: Anfäng Jahr haben die Banken und die Finanzmarktaufsicht Finma den US-Behörden Geschäftsunterlagen geliefert, in denen die Mitarbeiternamen zu deren Schutz verdeckt oder codiert worden waren. Damals versprach Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die Schlüssel zur Decodierung der Namen werde den USA erst ausgehändigt, wenn diese einer Globallösung für alle Schweizer Banken zustimmen würden. Nun scheint der Bundesrat offenbar bereit, diese Namen auch ohne Globallösung auszuhändigen. Dem Vernehmen nach wird die Regierung an ihrer heutigen Sitzung mehrere Varianten diskutieren. Möglich sei sogar die Anwendung von Notrecht. Der Bundesrat wird so oder so die knifflige Frage beantworten müssen, wie die absehbare Verletzung des Bankgeheimnisses juristisch gerechtfertigt werden kann. (SSM)

Was genau ist eine Zweitwohnung?

Bern Bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative sollen als Erstes der Begriff definiert und die Übergangsbestimmungen konkretisiert werden. Das hat die Arbeitsgruppe des Bundes entschieden.

VON SIMON FISCHER

Gleich bei ihrer ersten Sitzung erhielt die Arbeitsgruppe Zweitwohnungen des Bundes gestern hohen Besuch: Umweltministerin Doris Leuthard persönlich wohnte dem ganztägigen Treffen während des Vormittags bei – und unterstrich damit, welche Bedeutung sie einer zufriedenstellenden Umsetzung des Volksbegehrens zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus beimisst.

Konkrete Beschlüsse fällt das 16-köpfige Gremium unter der Leitung von Stephan Scheidegger, Vizepräsident des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE), zwar noch nicht. Einig wurden sich die Vertreter von Bund, Kantonen, Gemeinden, des Initiativkomitees und der Berggebiete, dass die beiden drängendsten Fragen bei den nächsten Sitzungen prioritär behandelt werden sollen: die Definiti-

on des Begriffs «Zweitwohnung» und die Auslegung der Übergangsbestimmungen. Wenn immer möglich sollen die neuen Bestimmungen auf dem Verordnungsweg geregelt werden, und zwar noch vor den Sommerferien. Damit soll einerseits eine rasche Umsetzung des neuen Verfassungartikels gewährleistet sein, andererseits würde damit in den betroffenen Gebieten und Branchen Rechts- und Planungssicherheit geschaffen.

Konstruktives Treffen

Offenbar war die Stimmung während der Sitzung gut, obschon sich Befürworter und Gegner des Volksbegehrens im Vorfeld mit teilweise harten Worten eingedeckt hatten. Teile der Gegnerschaft hatten den Initianten vorgeworfen, ihr Wort nicht zu halten und bei der Umsetzung der Initiative Maximalforderungen zu stellen. Die Vertreter des Initiativkomitees zeigten sich gestern allerdings kompromissbereit. «Selbstverständlich gibt es Differenzen», so Scheidegger auf Anfrage. Insgesamt sei das Treffen aber konstruktiv verlaufen.

Bekräftigt wurde die Haltung des Bundes, dass die neue Verfassungsbestimmung, die den Anteil an Zweitwohnungen pro Gemeinde auf 20 Prozent beschränkt, bereits un-

mittelbar nach der Abstimmung vom 11. März in Kraft getreten ist. Die betroffenen Kantone und Gemeinden wollen jedoch Baugesuche, die bis Ende dieses Jahres eingereicht werden, weiter bewilligen. Davor warnte Scheidegger: «Den betroffenen Gemeinden wird seitens des Bundes empfohlen, im Zweifelsfall Baugesuche, die nach dem Abstimmungstag eingereicht wurden, zu sistieren, bis die offenen Fragen geklärt sind.»

Grundsätzlich wird keine enge, sondern eine möglichst grosszügige Auslegung des Verfassungsartikels angestrebt. «Wir müssen jetzt erst einmal schauen, wo das Verfassungsrecht Spielraum lässt», sagte Scheidegger. Wenn es einen solchen Spielraum gebe, wolle man diesen auch ausnutzen. «Das gilt vor allem für die Definition des Begriffs «Zweitwohnung», so Scheidegger. Denn auf diese Weise könnten Probleme minimiert werden, ohne dabei mit dem Verfassungsrecht in Konflikt zu geraten.

Bereits Mitte dieses Monats wird das Gremium interessierte Kreise anhören, damit sie ihre Anliegen einbringen können. Eingeladen werden Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen, Wirtschafts-, Hotellerie- und Tourismusverbände sowie Vertreter des Finanzsektors.

Nachrichten

Presseförderung Motion abgeschwächt

Der Bundesrat soll das Thema Presseförderung nach Auffassung der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerates weiterbearbeiten. Der Forderung des Nationalrates nach neuen Modellen für die Medienförderung schliesst sich die SPK aber nicht an. Sie strich aus einer von der grossen Kammer unterstützten Motion den dritten Punkt heraus. Der Vorstoss verlangt unter anderem, dass der Bundesrat innerhalb zweier Jahre rechtliche Grundlagen für die direkte und indirekte Medienförderung entwickeln muss. Der Bundesrat hatte sich gegen das Anliegen gestellt. (SDA)

Luftwaffe Gripen erst 2020 statt 2015

Die 22 schwedischen Kampffjets vom Typ Gripen werden wahrscheinlich erst um das Jahr 2020 ausgeliefert. Verteidigungsminister Ueli Maurer sagte der Sendung «10 vor 10», dass es «realistisch ist, dass wir den Flieger Ende dieses Jahrzehnts beschaffen». Bisher hatte es geheissen, die ersten Jets seien ab 2015 zu erwarten. (AZ)